

## Protokoll

über die am 29. und 30. August stattgefundene Sitzung des Landtages als Konferenzsitzung.

Anwesend alle Abgeordneten.

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Beginn jeweils um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr.

### 1. Einbürgerung Dr. Georg Albert Bram-Soroko.

Nach Bekanntgabe der Unterlagen und eingezeichneten Informationen beschliesst die Konferenz mehrheitlich, das Ansuchen befürwortend an den Landesfürsten weiterzuleiten.

### 2. Versicherungsgesetz.

Nach Kenntnismahme der Unterlagen sowie der Vorschläge der Regierung und der FK ergibt sich aus der Diskussion, dass in Anbetracht der noch unbereinigten Schwierigkeiten die Beschlussfassung zu verschieben sei. Die Gesetzeserlassung erscheint einerseits zur Zeit nicht opportun und soll andererseits durch die Rücksprache mit den einzelnen Versicherungen noch weiterhin abgeklärt werden. Besondere Schwierigkeiten sieht die Konferenz in der Behandlung der Feuerversicherungsgesellschaften, deren Tätigkeit durch eine zu strenge Massnahme geradezu gefährdet erscheint.

Einstimmiger Beschluss: Verschiebung und neuerliche Prüfung der Angelegenheit ( Von der Behandlung im öffentlichen Landtag wird abgesehen ).

### 3. Wildschäden-Uebernahme auf das Land.

Die Vorbesprechung erfolgte im Sinne der im öffentlichen Landtag gefassten Beschlüsse.

### 4. Subvention der liecht. Handelskammer in Zürich.

Der Vorschlag der FK wird einstimmig angenommen, nämlich Ablehnung einer generellen Subvention, hingegen fallweise Entschädigung für geleistete Dienste und Unkosten. Auf die Behandlung im öffentlichen Landtag wird verzichtet.

### 5. Versorgung liederlicher und arbeitsscheuer Personen.

Aus gewissen Umständen ergibt sich die Notwendigkeit, arbeitsscheue und liederliche Personen direkt von der Regierung aus versorgen zu lassen und das hauptsächlich deswegen, weil die Gemeinden, nachdem einzelne dieser arbeitsscheuen Elemente der Gemeinde selbst nicht zur Last fallen, kein besonderes Interesse zeigen,

dieselben im Sinn des Gesetzes versorgen zu lassen. Solche Leute werden zu einer Landesbelästigung durch ihren Bettel und ihre Aufdringlichkeit. Die Diskussion ergibt einstimmig Billigung des Vorschlages und Erweiterung desselben durch Beifügung einer Bestimmung wegen Einstellung im Wahlrecht.

Die andgiltige Beschlussfassung wird der öffentlichen Sitzung vorbehalten.

Punkte 5, 6, 7 und 9 der Tagesordnung werden zurückgestellt.

#### 6. Bausparkassen.

Herr/Reg. Chef klärt über den Stand der Angelegenheit auf. Die Note des schweiz. Bundesrates wird vorläufig zur Kenntnis genommen und die Beschlussfassung dem öffentl. Landtag zugewiesen.

7. Gesuch des Josef Gassner, Triesenberg 51 um Ermöglichung seiner Prozessfortführung. Die Konferenz besprach die Angelegenheit und verlegt die Beschlussfassung f. d. öffentlichen Landtag.

#### 8. Gesuch Prof. Schädler um Gehaltserhöhung.

Die Gesuchsgründe werden zur Kenntnis genommen und das Ansuchen prinzipiell ablehnend besprochen, hingegen mehrheitlich befürwortet, es möge Beschluss gefasst werden, besondere von Prof. Schädler getragene Ausgaben anlässlich eines privaten Zeichenkurses in Fellkirch rückzübergeben. Beschlussfassung in der öffentl. Sitzung.

#### 9. Wohnungsentschädigung Polizist Beck.

Das Ansuchen wird in seinen Begründungen besprochen, die Gründe werden anerkannt, aber in Rücksicht auf die anderen Polizisten in ähnlichen Mietverhältnissen die allgemeine Regelung für die nächste Budgetbehandlung empfohlen. Ueber Befürwortung des Abgeordneten Ferd. Risch in Schaan wird in Anerkennung der besonderen ausserdienstlichen Inanspruchnahme des Gesuchstellers besonders in der Gemeinde Schaan ein einmaliger Entschädigungsbetrag von Frs. 150.- befürwortet. Beschlussfassung im öffentlichen Landtag.

#### 10. Abschaffung der Alkoholsteuer auf Inlandwein.

Die Konferenzteilnehmer stellen sich im allgemeinen auf den Standpunkt des Vorschlages der FK, nämlich grundsätzliche Ablehnung der völligen Abschaffung der Alkoholsteuer, hingegen Zubilligung einer Ermässigung um 30%. - Beschlussfassung im öffentlichen Landtag.

11.

11. Rückschätzung der Gebäude ( resp. überhaupt der Steuerobjekte bezgl. Steuerveranlagung).

Die Konferenz bespricht grundsätzlich die gesetzliche Unterlage für diesen Vorgang und die Diskussion stellt die Meinung klar, dass es keiner besonderen gesetzlichen Massnahmen bedarf und dass die Angelegenheit in Durchführung der ordentlichen jährlichen Steuererklärungen bereinigt werden könne. Die Konferenz des Landtages ist der Meinung, es möge die Ueberprüfung sämtlicher Steuerobjekte in bezug auf ihren heutigen Verkehrswert von den Lokalsteuerkommissionen in Verbindung mit der Landessteuerverwaltung durchgeführt werden vor der neuen Steuererklärung, damit die Leute auf allfällige Aenderungen in der Wertbemessung ihrer Steuerobjekte zwecks Steuererklärung können aufmerksam gemacht werden. Die Notwendigkeit einer solchen Massnahme ergibt sich von selbst durch die Senkung gewisser Steuerobjekte im Verkehrswert und andererseits durch Erhöhung besonders gewisser Grundstückgebiete durch allgemeine Landesverbesserungen. Um keine besonders übermässigen Unkosten zu verursachen, wird für die allgemeine Beschlussfassung des öffentlichen Landtages dieser Standpunkt der Konferenz zur Behandlung vorgeschlagen.

12. Lawenawerk-Jahresbericht.

Die Behandlung desselben wird der öffentlichen Sitzung zugewiesen.

13. Sparkasseinitiative und Lawenawerksinitiative.

Beide werden der öffentlichen Behandlung im Landtage vorgeschlagen.

14. Abänderung des Landtagsbeschlusses vom Jahre 1934 betr. Durchführung von Rüfearbeiten.

In der Diskussion der Konferenz ergeben sich 2 Vorschläge für die Behandlung im öffentlichen Landtag-

1. es mögen Arbeiten bis zu einem bestimmten Betrag ( ca. Fr. 500) durch die Gemeinden vergeben und durchgeführt werden.

In Erwägung der Befürchtung, es möchten grössere Arbeiten aufgeteilt werden und dann der öffentlichen Arbeitsvergebung vom Lande entzogen werden, entwickelt sich der 2. Vorschlag: es mögen nur dringliche und unaufschiebbare Arbeiten, soweit diese durch Rüfegänge usw. notwendig werden, und der öffentlichen Rüfekommission und Rüfeaufsicht unterliegen, von der Gemeinde durchgeführt werden. ~~Hängigen~~ sollen Arbeiten, die längerer Hand vorbereitet werden können, durch das Land vergeben werden in Angleichung an die Arbeiten am Rhein.

Für den ersten Vorschlag setzen sich besonders ein die Vertreter der Gemeinde Schaan und Vaduz. Für den 2. Vorschlag in Anbetracht der öffentlichen Arbeitsbeschaffung die übrigen Abgeordneten. Beschlussfassung bleibt dem öffentlichen Landtag vorbehalten.

15. Herabsetzung der Stempelkosten bei Betreibungen.

Die Beschlussfassung wird dem öffentlichen Landtag vorbehalten.

16. Arbeitsbeschaffungen.

Herr Reg. Chef klärt über den Stand der Landesfinanzen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für den öffentlichen Arbeitsmarkt auf. Die Lage ist vorläufig bis zur Sicherung der Konversion der Anleihe noch ungeklärt und wird im Laufe des Monats September sich abklären müssen.

17. Subventionsgesuche.

Die verschiedenen für die heutige Sitzung vorliegenden Subventionsgesuche werden von der Konferenzsitzung der allgemeinen Behandlung der schon vorliegenden Gesuche zugeteilt, ohne dass eines speziell herausgegriffen würde.

Die Konferenzsitzung erstreckte sich auf den 29. und 30. August bis nachmittags  $\frac{1}{2}$  4 Uhr. Anschliessend fand die öffentliche Sitzung statt.